

gesamte Menschengeschlecht erworben. Gespeist mit dem Leib und dem Blut Christi, teilnehmend an seiner göttlichen Kraft, die Legionen von Märtyrern hervorgebracht hat, können sie dann die täglichen Kämpfe, die Opfer leichter ertragen, ja selbst, wenn es nötig ist, ihr Leben hingeben im Dienste der christlichen Tugend und des Reiches Gottes. Sie werden von jener brennenden Liebe erfüllt werden, die den heiligen Johannes Chrysostomus veranlaßte, in einer seiner Schriften auszurufen: „Laßt uns von diesem Tisch aufstehen wie flammensprühende Löwen — schrecklich für den Teufel — im Gedanken daran, daß er unser Haupt ist, im Gedanken an die unendliche Liebe, die er für uns gehegt hat... Wenn dieses Blut würdig empfangen wird, treibt es die Teufel fort, ruft die Engel und den Herrn der Engel selber an unsere Seite... Dieses vergossene Blut reinigt die ganze Welt... Es ist der Preis des Universums, durch es hat Christus die Kirche erkaufte... Ein solcher Gedanke müßte unsere Leidenschaften zurückdämmen. Wie lange noch bleiben wir an dieser gegenwärtigen Welt haften? Wie lange noch bleiben wir träge? Wie lange noch säumen wir, an unser Heil zu denken? Denken wir über die Güter nach, die der Herr uns hat gewähren wollen, seien wir dankbar, preisen wir ihn, nicht nur durch den Glauben, sondern ebenso auch durch die Werke“ (In Joann. Homil. XLVI; Migne PG LIX, c. 260—261).

### *Ermahnungen*

Ach wenn die Christen doch etwas häufiger über die väterliche Mahnung des ersten Papstes nachdächten: „Wandelt in Furcht in der Zeit eurer Pilgerschaft. Wißt ihr doch, daß ihr nicht mit vergänglichen Dingen, Silber und Gold, aus eurem nichtigen, von den Vätern überlieferten Wandel losgekauft worden seid, sondern mit dem kostbaren Blute Christi als eines fehler- und makellosen Lammes“ (1 Petr. 1, 17—19). Ach wenn die Christen sich mehr bemühten, auf die Ermahnung des Völkerapostels zu hören: „Ihr seid um einen hohen Preis erkaufte, verherrlicht also auch Gott mit eurem Leibe“ (1 Kor. 6, 20). Wenn alle auf diese Mahnungen hören wollten, würde zweifellos auch ihr Lebenswandel ehren-

hafter und würdiger sein, durch den sie doch den anderen ein Beispiel geben sollen, und durch ihre Tugend würde auch die Kirche Christi ihr Amt auf Erden mit größerem Nutzen für das Menschengeschlecht erfüllen können. Wenn die Menschen den Eingebungen der Gnade Gottes folgen wollten, der doch alle erlösen wollte (vgl. 1 Tim. 2, 4), da er alle im Blute seines eingeborenen Sohnes erlösen wollte und alle dazu berief, Glieder jenes mystischen Leibes zu werden, dessen Haupt Christus ist, wieviel brüderlicher würden dann einzelne, Völker und Nationen miteinander verbunden sein, wieviel friedlicher, Gottes und der menschlichen Natur, die ja nach seinem Bild und Ebenbild geschaffen ist (vgl. Gen. 1, 26), würdiger würde sich auch das soziale Zusammenleben gestalten!

Zur Betrachtung dieser erhabenen Würde, zu der wir von Gott berufen sind, ermahnte der heilige Paulus die Christen aus jüdischem Geschlecht, die allzusehr an den Einrichtungen des Alten Testaments hingen, obwohl dieses nur ein schwaches Abbild und Vorbild des Neuen Testaments war: „Ihr aber seid zum Berge Sion und zur Stadt des lebendigen Gottes hinzugetreten, dem himmlischen Jerusalem, zu Tausenden von Engeln, zur Festversammlung und Gemeinde der Erstgeborenen, die im Himmel aufgeschrieben sind, zu Gott, dem Richter aller, und zu den Geistern der vollendeten Gerechten und zum Mittler des Neuen Bundes Jesus und zum Blute der Besprengung, das besser redet als das Abels“ (Hebr. 12, 22—24).

Ehrwürdige Brüder! Voll Vertrauen, daß Unsere väterlichen Ermahnungen, die ihr eurem Klerus und dem euch anvertrauten christlichen Volk in der Form, die euch am geeignetsten erscheint, mitteilen werdet, nicht nur bereitwillig, sondern mit glühendem Eifer in die Praxis übertragen werden, erteilen Wir euch als Zeichen himmlischer Gnaden und als Unterpand Unseres besonderen Wohlwollens aus überströmendem Herzen den Apostolischen Segen, jedem einzelnen von euch und allen euren Herden, besonders aber jenen, die Unserer Aufforderung mit frommem Eifer nachkommen werden.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, am 30. Juni 1960, Vigil des Festes des Kostbarsten Blutes unseres Herrn Jesus Christus, im zweiten Jahr Unseres Pontifikats.

JOHANNES XXIII. PP

## Die Kirche in den Ländern

### Kirche und Staat in Spanien 1960

Im Dezember 1959 erschien in den Ediciones Rialp in Madrid, herausgegeben von der spanischen Bischofskommission für Soziallehre und soziale Unterweisung, ein „Brevier der Sozialseelsorge“ (Breviario de Pastoral Social). Dieses Buch darf mit seinem Inhalt als Ereignis in der spanischen Kirchengeschichte gelten (vgl. für Frankreich das Direktorium von 1954; Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 235). Im ersten Teil seiner insgesamt 227 Seiten bietet es eine allgemeinverständliche, übersichtlich gegliederte, sehr präzise, konkrete und realistische katholische Soziallehre mit Abschnitten u. a. über Arbeit, Proletariat, Eigentum, gerechte Güterverteilung, Gewinnbeteiligung, Landreform, Steuermoral, Handelsspannen, Kapitalismus, Wanderungsbewegungen, Genossenschaf-

ten, Elternrecht, Subsidiärcharakter des Staates, internationale Zusammenarbeit, Kolonien. Der zweite Teil, „Normen für die Praxis“, gibt eine exakte Analyse der sozialen Milieus in Spanien und der Möglichkeiten, dort seelsorglich zu wirken. Das Buch paßt haargenau auf die spanischen Verhältnisse und könnte doch in der Allgemeingültigkeit seiner Normen und der Modernität seiner Ausrichtung unverändert in jedem anderen Land veröffentlicht werden.

Dem Staat gegenüber ist dieses Sozialbrevier sehr kritisch; dem „katholischen Staat“ wird bezeichnenderweise nicht mehr das Wort geredet. Das Streikrecht wird ausdrücklich verteidigt (obwohl der Streik unter der Regierung Franco bekanntlich als „militärische Rebellion“ gilt und militärgesetzlich abgeurteilt wird). Allgemein heißt es in der Einleitung (Abschnitt 7): „Die Kirche beansprucht nicht,

sich in die technischen Probleme der zeitlichen Ordnung einzumischen, für die sie weder über die Mittel verfügt noch einen Auftrag empfangen hat. Insoweit aber die wirtschaftliche, politische, soziale oder juristische Ordnung eng mit der moralischen Ordnung verknüpft ist, sind diese Ordnungen auch ihrem höchsten Urteil unterworfen. . . . Deshalb darf diese kirchliche Intervention nicht nur nicht verhindert, sondern muß sogar gefördert werden, weil aus ihr viele Güter erwachsen und weil die Kirche unter keinen Umständen jemals auf dieses ihr Recht verzichten würde.“ An anderer Stelle heißt es (Abschnitt 152): „Der Staat muß die Rechte und Pflichten der Kirche respektieren und fördern, weil diese älter und rangmäßig höher sind als die des Staates.“

### *Spaniens Kampf um die Pressefreiheit*

Der Verlauf des in Spanien abgehaltenen Weltkongresses der katholischen Presse (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 546) war durchaus typisch dafür, wie sich das Verhältnis zwischen Kirche und Franco-Regime abgekühlt hat. Die Knebelung der Presse ist einer der drei Kernpunkte des autoritären Regimes (neben der Unterdrückung der Vereinigungsfreiheit und der freien Wirtschaft) und nicht zufällig derjenige, an dem sich die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat zuerst und seit mehr als einem Jahrzehnt bis heute unverändert tiefgreifend entzündet hat. Durch ein kürzliches, inzwischen mehrfach gedrucktes Referat des spanischen Pressebischofs Cantero hat sie einen neuen Akzent erhalten. In einer Ansprache vor der Journalistenschule der Opus-Dei-Universität in Pamplona forderte dieser, nun endlich „dem natürlichen Recht der menschlichen Person und der öffentlichen Meinung auf freien Ausdruck ihrer Ideen — unbeschadet der obersten Rechte von Religion, Staat und Gesellschaft — eine gesetzliche Sicherheit zu geben“. „Ein Pressegesetz, das einen echten und verantwortlichen Dialog zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung ermöglicht und anregt, halte ich für eine unaufschiebbare Notwendigkeit. . . . Die Kirche kann und darf in dieser Frage nicht ‚blind, taub und stumm‘ bleiben, ohne ihre geistliche Mission als Mutter und Lehrerin der Völker zu verfehlen; denn mit der Presse stehen religiöse, moralische und juristische Probleme auf dem Spiel, die die Verbreitung der geoffenbarten Wahrheit, das Naturrecht, die Gewissensbildung, das Gemeinwohl und das Lehramt, die Freiheit und Verteidigung der Kirche selbst betreffen.“ Auf dem genannten Pressekongreß erklärte der Bischof: „Die öffentliche Meinung der Völker spielt eine von Tag zu Tag bedeutsamere Rolle und übertrifft an moralischem Wert bei weitem die kalte und verdächtige Idee der sogenannten Staatsräson, die ungeachtet und sogar gegen die wirklichen Wünsche und Bedürfnisse der Völker so viele Kriege und brudermörderische Spaltungen verursacht hat.“

Auch die Wochenzeitung der Katholischen Aktion, „Ecclesia“, hat in jüngster Zeit wieder mehrmals ein Pressegesetz und Pressefreiheit gefordert. Die für die Vorbereitung eines solchen Gesetzes von Franco eingesetzte Kommission kommt aber nicht weiter, nicht zuletzt deshalb, weil ihre drei bischöflichen Mitglieder nicht die überwiegende Auffassung der spanischen Kirche und der spanischen katholischen Presse vertreten.

In der von uns schon mehrmals zitierten Jesuiten-Zeitschrift „Abside“ (Nr. 24, März 1960) schreibt D. Fernán-

dez Flórez SJ: „Unsere spanische Gesetzgebung beansprucht, mit der orthodoxesten Ethik im Einklang zu sein, und vielleicht ist sie es auch mit dem größten Teil ihrer Gesetze. . . . Aber es gibt ein Gesetz — das der Presse —, das bei den Leuten vom Fach (von denen im Ausland noch ganz zu schweigen) wahres Entsetzen verursacht. Das Gesetz vom April 1938, mitten im Krieg und im Ausnahmezustand verfaßt, ist nach 22 Jahren und in einer so weittragenden Sache noch immer in Kraft. In der Präambel wird der ‚Dienst am Staat‘ auferlegt. . . . Diese Mittel sind in einem Bürgerkrieg zu verantworten; aber welche Gründe, Ängste oder Gefahren können heute noch das Gesetz von damals rechtfertigen?“ Der Beitrag verwahrt sich dann gegen den neuen Gesetzentwurf der genannten Kommission mit seinen „aufgeblasenen Grundsatzformulierungen“; dieser Entwurf (der nur unter der Hand verbreitet wurde) sei „in jeder Hinsicht unmöglich“. Die Zeitschrift spricht die Hoffnung aus, daß das alte Gesetz bereits bis zu dem (damals noch) bevorstehenden Pressekongreß beseitigt sei; „mit wesentlich mehr Würde könnten wir ihn besuchen“. Der Artikel schließt: „Es fehlt ein Gesetz, das zwar das echte Gemeinwohl schützt und bewacht, aber der Presse ihre gerechte Freiheit läßt.“

### *Alte und neue Druckmittel — auch für katholische Bücher*

Einen ausführlichen und, von Einzelheiten abgesehen, zutreffenden Überblick „Die Kirche und das Presseregime in Spanien“ veröffentlichen „Informations Catholiques Internationales“ (Nr. 123, 1.7.60). Vom eigentlichen Druckmittel des Franco-Regimes, mit dem es seine Pressepolitik wirksam durchsetzt, ist freilich weder hier noch üblicherweise sonst die Rede; es ist allerdings auch in keinem Gesetzestext und keinerlei öffentlicher Verlautbarung faßbar, sondern wird stillschweigend ausgeübt: durch die Papierzuteilung. Das in Spanien auf dem freien Markt erhältliche Zeitungspapier ist so teuer, daß damit keine Zeitung auch nur einen Teil ihrer Auflage (zu den gesetzlich niedrig gehaltenen Verkaufspreisen) drucken könnte. Alles käufliche Papier ist durch eine Sonderabgabe belastet, mit der der Staat das billige Zeitungspapier subventioniert. Dieses billige Papier aber ist streng kontingentiert, wobei der Generaldirektor der Presse praktisch die Verfügungsgewalt über diese Kontingente hat. Das Informationsministerium könnte also praktisch über Nacht die Auflage eines Blattes radikal drosseln, und gegen eine solche Maßnahme gibt es keinerlei gesetzliche Handhabe. Diese Drohung schwebt als Damoklesschwert über jedem Verleger und zwingt ihn, die Anweisungen des Ministeriums und der Zensoren in allen Punkten genau zu beachten. (Daß von Falange-Blättern das ihnen reichlich zugeteilte und nicht benötigte Papier schwarz weiterverkauft wird, ist eine üble Nebenerscheinung.) — Nur ein Beispiel für die Lage in dieser Hinsicht: Die führende katholische Tageszeitung „Ya“, deren Verlag „Editorial Católica“ im vergangenen Jahr ein neues großes Verlagshaus mit modernsten Maschinen und technischen Einrichtungen erstellt hat, könnte sowohl von der Herstellung wie vom Verkauf her ihre Auflage (rund 150 000) ohne Mühe innerhalb kürzester Zeit verdreifachen — wenn sie dafür genug billiges Zeitungspapier bekäme! Auch für die katholische Buchproduktion hat sich kürzlich eine weitere Erschwerung ergeben. Zwar bedurfte auch schon bisher formell jedes Buch (mit Ausnahme von technisch-wissenschaftlichen Veröffentlichungen) der Ge-

nehmung durch die staatliche Zensur. Diese Bestimmung konnte aber seit Jahren stillschweigend übergangen werden, soweit es sich um Bücher mit dem kirchlichen Imprimatur handelte. Seit einigen Monaten ist die alte Bestimmung wieder in voller Schärfe eingeführt worden; kein Buch kann ohne eine Lizenznummer in Druck gehen, die von der Zensurbehörde ausgegeben wird. Anlaß für diese Verschärfung war u. a. ein katalanisches Buch der Kapuziner in Barcelona, „La Renaixença, avui“ (Die Renaissance von heute, gemeint ist die katalanische Renaissance), das die Mißbilligung der Armee und des Madrider Zentralismus fand und aus den Buchhandlungen zurückgezogen werden mußte. „La Vanguardia Española“ (28. 6. 60) berichtete von einer Versammlung der Alten Garde der Falange in Barcelona, die „äußerst energisch“ gegen „gewisse pseudoreligiöse und pseudokulturelle Äußerungen in einigen Publikationen“ protestierte.

### *Kirchliche Journalistenschule*

Ein gewisses Zugeständnis an die Kirche betrifft eine kirchliche Journalistenschule, wie sie von der katholischen Presse und Kirche seit langem angestrebt wird (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 209 f.) und vor allem von Bischof Herrera Oria vorangetrieben wurde (er war bis zum Bürgerkrieg Zeitungsdirektor und Direktor der damaligen katholischen Journalistenschule; heute ist er nicht nur Ordinarius von Málaga, sondern zugleich Präsident der „Editorial Católica“). Nach einem Beschluß des spanischen Ministerrates von Ende Juli 1960 ist die in Aufbau befindliche neue kirchliche Journalistenschule in Zukunft befugt, selbst Abschlußdiplome zu erteilen, die für die Tätigkeit in katholischen Zeitungen und Zeitschriften gültig sind; für die Tätigkeit in der übrigen Presse ist ein zusätzliches Examen vor einer gemischten staatlich-kirchlichen (mehrheitlich staatlichen) Kommission vorgesehen. Diese Entscheidung bricht das bisherige Monopol der staatlichen Journalistenschule. Sie bedeutet für das Regime weder ein Risiko noch einen Prestigeverlust; wohl aber wird sie geeignet sein, erneut die „Großzügigkeit“ gegenüber der Kirche unter Beweis zu stellen. „Der Staat versucht den Eindruck zu erwecken, die Kirche erkenne stillschweigend die gegenwärtige Praxis an, in welcher der Staat die allgemeine Kontrolle über die journalistische Ausbildung hat. Daher werden der Schule zahlreiche Einschränkungen auferlegt... Man kann nicht — oder noch nicht — von der offiziellen Anerkennung einer unabhängigen nichtstaatlichen Schule sprechen“ (Dr. Joseph Arquer in einem von der „Gesellschaft katholischer Publizisten Deutschlands“ als Manuskript veröffentlichten Beitrag „Journalistische Ausbildung in Spanien“).

### *Ein Flugblatt der katholischen Arbeiterbewegung*

Die Probleme der spanischen Wirtschaft haben wir im August 1959 ausführlich dargelegt (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 554 ff.). Dieser Überblick erschien zu einem Zeitpunkt, als die spanische Wirtschaftspolitik durch den Eintritt des Landes in die OEEC, die Abwertung der Peseta und das Ende des Inflationismus einen radikalen Wandel erfuhr. Auf der Ebene der staatlichen Wirtschaft hat dieses Stabilisierungsprogramm beachtliche Erfolge gezeitigt. Die bis dahin in ununterbrochener Abwertung begriffene Peseta ist seitdem stabil auf dem Stand

von 60 je Dollar geblieben. Der durchschnittliche Preisanstieg unterschritt die gesteckte Grenze von 2%. Die traditionell defizitäre Außenhandelsbilanz ist zum erstenmal wieder gefestigt. Die damals auf 22 Millionen gesunkenen Dollarreserven konnten innerhalb eines Jahres auf den für Spanien beachtlichen Stand von 442 Millionen gebracht werden. Verdoppelte Sparrücklagen spiegeln das neue Vertrauen in die Währung.

Die von vielen erhoffte Reform in der Wurzel ist freilich ausgeblieben. Die Wirtschaftspolitik ist dirigistisch geblieben, und das staatswirtschaftliche „Instituto Nacional de Industria“ wird in Zukunft einen noch größeren Anteil der gesamten Investitionssummen erhalten als bisher.

Vor allem aber: Die Sanierung der Staatswirtschaft erfolgte auf Kosten des kleinen Mannes; die Kreditrestriktionen trafen in erster Linie den Lohnempfänger. Lohnzulagen wurden gestrichen, viele Betriebe mußten zu Kurzarbeit übergehen, und Tausende von Arbeitern wurden auf unbestimmte Zeit arbeitslos. In dieser Situation machten sich die Arbeiterverbände der Katholischen Aktion (HOAC) zum Sprecher der allgemeinen Volksstimmung und veröffentlichten am 1. Mai 1960 zum Fest des hl. Josefs des Arbeiters ein Flugblatt. Nach einer Einleitung über die Mission der HOAC heißt es darin:

„1. Seit vielen Monaten müssen die Arbeiter die Auswirkungen des wirtschaftlichen Stabilisierungsplanes verspüren, der die durch die jahrelange Inflationsentwicklung verursachte außerordentlich schwere Wirtschaftszerrüttung soweit möglich korrigieren soll. Die Arbeiter waren durch die Inflation am stärksten betroffen und erfahren nun mit Bitterkeit, daß auch die antiinflationären Maßnahmen sie wieder am schwersten belasten. Wir anerkennen die Notwendigkeit der Währungsstabilisierung als Voraussetzung jeder gesunden Wirtschaft. Wir fordern jedoch, daß die notwendigen Opfer gleichmäßig von allen geteilt werden — vor allem von jenen, die unter der vergangenen Wirtschaftsepoche am meisten profitiert haben.

2. Die Arbeiterklasse ist in vielfacher Hinsicht ohne echte Vertretung und ohne die geeigneten Mittel, um ihr Gewicht und ihre Verantwortung gebührend geltend zu machen; sie wurde weder während der vergangenen inflationistischen Etappe noch bei der Verwirklichung des gegenwärtigen Stabilisierungsplanes befragt.

3. Das Fehlen an Unterrichtung verwirrt den Arbeiter; er weiß nicht, warum er die ihm auferlegten Opfer bringen soll, und er kennt nicht die Ursachen der Lage, in der er sich befindet...“

Die einzige Lösung beruht zweifellos in einer allgemeinen ersten Gewissenserforschung und einem Eingeständnis der Irrtümer dort, wo sie begangen wurden. Dieser Augenblick fordert Sparsamkeit und gleichmäßige Verteilung der Opfer. Sparsamkeit bei den Reichen, Sparsamkeit bei den Unternehmern, Sparsamkeit beim Staat. Es ist nutzlos, die Arbeiter überzeugen zu wollen, sie müßten in Demut Lohnkürzungen und sogar totale Arbeitslosigkeit hinnehmen, wenn sie weiterhin rings um sich die öffentliche und private Verschwendung sehen. Wenn man gleichzeitig riesige Summen zur Verschönerung des Zentrums der Großstädte verbraucht. Wenn der Staat in einer Periode der Sparsamkeit und der Opfer seine Ausgaben beträchtlich erhöht hat...“

Der Aufruf gipfelt in der Forderung an die Lenker der Nation, der Arbeiterschaft jene Stellung in der Gesellschaft einzuräumen, die ihr zukomme.

Dieses Flugblatt hatte die Druckerlaubnis von Bischof Enrique Tarancón in dessen Eigenschaft als Schirmherr der Katholischen Aktion (und Sekretär der spanischen Bischofskonferenz). Dagegen fehlte das Imprimatur des Ortsordinarius von Madrid (dem Druckort), der sich von der Veröffentlichung distanzierte. Diesen kirchenrechtlichen Formfehler benützte die spanische Polizei, um das Flugblatt zu verbieten und die 200 000 Exemplare soweit noch möglich zu beschlagnahmen.

Ein Präsidialmitglied der HOAC, das sich auf einer kirchlichen Veranstaltung in Bilbao im gleichen Sinn auch mündlich äußerte, wurde verhaftet und zu einer Geldstrafe von 25 000 Peseten verurteilt. Daraufhin veröffentlichte der Bischof von Bilbao eine Erklärung, daß er die Strafe übernehme, da die Veranstaltung unter bischöflicher Autorisation abgehalten worden sei und er damit die Strafe als gegen die Diözese verhängt ansehe. Der Innenminister bestätigte den Strafbescheid.

#### *Offener Brief des Erzbischofs von Valencia*

Der für seine soziale Einstellung bekannte Erzbischof von Valencia, Marcelino Olaechea Loizaga SDB (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 165), richtete sechs Wochen später, am 9. Juni 1960, einen offenen Brief an die HOAC, in dem er sie zur Feier ihres Festtages vom hl. Josef dem Arbeiter beglückwünscht. Ohne auf das Flugblatt und dessen Folgen Bezug zu nehmen, fährt er dann fort:

„Haltet euch als Angehörige der HOAC jeder, aber auch jeder Politik fern. Ihr seid als HOAC keine Gewerkschaft, auch nicht im Ansatz und nicht einmal in den geheimen Erwartungen. Zeigt euch gehorsam gegenüber allen Behörden und allen Gesetzen. Ihr seid vor allem Laienapostel, ein verlängerter Arm der Kirche, in allem euren Bischöfen gehorsam. Ihr betrachtet es als eine Ehre, sogar deren Andeutungen für euch zum Gesetz zu machen... Die Kirche verpflichtet euch, die besten Gewerkschaftler zu sein, die besten Vertrauensleute der Syndikate, die besten Betriebsräte... Vergeßt nicht, daß ihr als Apostel der Kirche mit ihr ihre Lehre vertretet: daß das Privateigentum aus dem Naturrecht kommt, daß der Arbeitsvertrag nicht in sich ungerecht ist; freilich auch: daß das Eigentum eine unlösbare soziale Funktion hat und nicht mißbraucht werden darf, daß nach den Forderungen des Gemeinwohls in Spanien und der ganzen Welt eine gerechtere Eigentumsverteilung sich durchsetzt, daß die Arbeit nicht ein bloßes Handelsobjekt nach den Regeln von Angebot und Nachfrage ist, daß der Arbeiter seine Haut nicht einfach zu Markte trägt...“

Wenn ihr mit der Kirche diese Lehre vertretet, wird das Folgen für euch haben:

Anschuldigungen des liberalen Kapitalismus, Demagogen zu sein;

Anschuldigungen der Demagogen, Kriecher vor der Macht und dem Reichtum zu sein;

von seiten jener, die die Sozialordnung aufrechtzuerhalten haben, bisweilen sogar den Vorwurf, diese Ordnung zu stören...

Es will viel heißen, denjenigen Forderungen zu stellen, die am eigenen Fleisch und Blut, an Frau und Kindern die Strapazen der Not erleiden. Wie verständlich ist da ein Fehltritt, und wie verzeihlich!

Vorwärts, HOAC-Leute!...“

Etwa zur gleichen Zeit, in den ersten Junitagen 1960, richteten 339 (nach anderen Quellen 352) baskische Priester einen sechsseitigen Brief an ihre Bischöfe; er enthält die seit zwei Jahrzehnten schärfste Kritik kirchlicher Kreise am Regime Francos. Die Unterzeichner begründen ihren Schritt: „Als Teil der lehrenden Kirche beanspruchen wir das Recht und zugleich die Pflicht, die durch Irrtum oder bösen Willen verübten Attentate gegen die natürlichen Rechte unseres Volkes zu brandmarken... Wir wollen nicht, daß man uns wegen unseres Schweigens der Mitschuld bezichtige. Wir gehorchen also einem Befehl unseres Gewissens, wenn wir den Abgrund aufzeigen, der sich zwischen uns und den uns anvertrauten Seelen mit jedem Tag mehr auftut. Die Anschuldigungen, die man gegen uns erhebt, sind so allgemein und so heftig geworden, daß sie einen förmlichen Aufschrei darstellen...“

Der Brief weist dann auf die Lehre der Kirche von den allgemeinen politischen Rechten hin; erst dann kommt er auf Spanien zu sprechen. „Wir glauben in aller Aufrichtigkeit, daß weder die Einzelmenschen noch die Klassen und die Völker, die zusammen die politische Gemeinschaft Spaniens bilden, im Genuß einer ausreichenden Freiheit sind... Das Grundgesetz der Spanier ist toter Buchstabe geblieben... Tatsache ist nun einmal, daß alle Machtposten, Behörden und politisch einflußreichen Ämter — vom Minister bis zum Bürgermeister, vom Universitätsrektor bis zur Leitung des letzten Büros — durch einen einzigen und absoluten Willen vergeben werden, gegen den es keine Berufung gibt... Ein böswilliger Verdacht genügt, damit ein Polizist oder Zivilgardist nach Laune irgendeinen Bürger schlagen, foltern und verletzen kann, wobei dieser oft mit dem Vergehen, dessen man ihn bezichtigt, gar nichts zu tun hat. Es handelt sich nicht um Einzelfälle, sondern — da die Behörden dies wissen und zulassen — um ein System...“

Tatsache ist auch, daß in Spanien die politisch Verantwortlichen die Wurzeln jeglicher öffentlicher Meinung ausgerottet haben, indem sie alle öffentlichen Ausdrucksmittel mit Beschlagnahme belegten. Die spanische Presse kehrt die von Gott gesetzte Ordnung um, denn sie ist ein Instrument zur Mißbildung der öffentlichen Meinung in Richtung eines devoten Konformismus...“

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit all den ernstesten Folgen, die sie noch haben kann, macht ein freies Gewerkschaftswesen, das der Arbeiterklasse entspringt und deren Vertrauen hat, um so dringender...“

Ein letzter Teil des Briefes wendet sich gegen die Unterdrückung der baskischen Sprache, Kultur und Eigenart. Zusammenfassend heißt es: „Wir lehnen diese Machenschaften und dieses totalitäre System ab, weil sie wider-natürlich und antichristlich sind.“

#### *Begleitumstände*

Die Originale dieses Briefes (allerdings nicht handschriftlich unterzeichnet) gingen an die vier Bischöfe des Baskenlandes und Navarras, nach Bilbao, San Sebastián, Vitoria und Pamplona. Die Übermittlung erfolgte auf durchaus unwürdige Weise: einem Bischof wurde der Brief unter die Türe geschoben, zwei anderen wurde er durch Geistliche überbracht, die den Inhalt gar nicht kannten. Kopien wurden an die übrigen spanischen Bischöfe, an den Nun-

tius und an den Heiligen Stuhl gesandt. Der Inhalt wurde durch versteckte Abschriften in Spanien und durch Übersetzungen im Ausland bald bekannt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 26. Juni, die das Schreiben ausführlich wiedergab, wurde in Spanien beschlagnahmt.

Die Mehrzahl der Unterzeichner gehört zur Diözese Bilbao (wo sich die Wirtschaftskrise am schlimmsten ausgewirkt hat), aber auch hier machen sie nur ein Sechstel des gesamten Weltklerus aus; nach Osten zu wird der Anteil der Unterzeichner immer kleiner. Wie es heißt, soll der Brief überhaupt nur jenen 400 jüngeren Geistlichen vorgelegt worden sein, von denen man eine Billigung erwarten konnte; viele weitere sollen sich dann mit dem Inhalt solidarisch erklärt haben.

Die spanischen Behörden (u. a. auch die spanische Botschaft in London gegenüber „The Tablet“) versuchten zunächst, den Brief als eine Finte und eine „neue Szene im Kampf gegen Spanien“ hinzustellen. Offiziell schwieg die Regierung; doch soll sie dann an den Apostolischen Nuntius mit der Bitte herangetreten sein, die rebellierenden Geistlichen zu warnen. Erzbischof Antoniutti tat dies anlässlich seiner Predigt bei einer Bischofsweihe in Vitoria am 29. Juni. Ohne den Anlaß unmittelbar auszusprechen, forderte er die Gläubigen zu striktem Gehorsam gegenüber ihrem Bischof auf; insbesondere die Geistlichen dürften nichts ohne das Einverständnis ihres Bischofs unternehmen. „Wer die Mission des Bischofs erschwert, lähmt das Werk der Kirche.“ Die Zeitungen Spaniens berichteten dies ausführlich auf der ersten Seite, mit dem Zitat aus der Predigt als Überschrift: „Die Kirche ist keine politische Institution.“

#### *Zurückweisung durch die Hierarchie*

Am 7. Juli veröffentlichten die Bischöfe von Bilbao, San Sebastián und Vitoria und der Erzbischof von Pamplona eine gemeinsame Erklärung, die auf Anweisung des Informationsministeriums von allen Zeitungen auf der ersten Seite deutlich herausgestellt werden mußte. Darin heißt es:

„Auf reichlich unkorrekte Weise ist ein Dokument in unsere Hände gelangt, das von einer Gruppe von Priestern aus unseren vier Diözesen unterzeichnet sein soll. Die Übermittlung war unkorrekt, weil sie keine andere Qualifikation hatte als die eines vervielfältigten Schreibens mit einer gleichfalls vervielfältigten Serie von Namen ohne jede Garantie der Authentizität; es wurde in nicht weniger erstaunlichen und unverantwortlichen Formen überreicht und in einer bedauerlichen und mehr als verdächtigen Gleichzeitigkeit in Presse und Radio verschiedener Länder Europas und Amerikas der Öffentlichkeit übergeben. Aus diesen Gründen, wegen der offensichtlichen Unrichtigkeiten und wegen seines politischen Charakters können wir dieses Schreiben nicht akzeptieren. Wir können auch nicht verstehen, wie die politische Leidenschaft einige Priester — wenn auch eine viel kleinere Minderheit, als sie im Ausland verdächtigt wird — derart verblenden konnte, daß sie bei einem großen propagandistischen Skandal mitwirkten, der unsaubere Ursachen und nicht weniger unsaubere Ziele hat und dessen Nachwirkungen sich gegen die Kirche selbst richten. Wir bitten die katholischen Publikationen des Auslandes, sich verantwortungsvollere Informationsquellen zu suchen, wenn sie über das Leben der Kirche in Spanien urteilen oder auch nur informieren wollen . . .“

Ein weiterer offizieller Schritt erfolgte wenig später.

Nuntius Antoniutti, der in dieser Sache nach Rom fuhr, richtete anschließend einen Brief an den Bischof von Bilbao, der im August 1960 in dessen Amtsblatt veröffentlicht wurde. Darin heißt es wörtlich:

„Hinsichtlich des besagten vervielfältigten Schreibens kann ich Ew. Exzellenz mitteilen, daß der Heilige Stuhl folgendes hat wissen lassen: ‚Man kann eine solche Initiative nur aufs tiefste bedauern, weil sie nicht bloß eine mangelnde Ehrfurcht gegenüber den Bischöfen offenbart, sondern auch für die Gläubigen ein Ärgernis darstellt und die Kirche in Fragen hereinziehen will, die nicht das geringste mit ihrer Mission zu tun haben. Es war deshalb sehr angebracht, daß Ihre Exzellenzen, die Bischöfe der Region, eine Verlautbarung veröffentlichten, um die Eigenart und die Ziele der Sache zu durchleuchten und die Risiken besser bewußt zu machen, die durch solch unkluge Schritte eingegangen werden. Die Worte Ew. Exzellenz [hier wendet sich der Brief an den Nuntius] werden ein heilsamer Appell für alle sein, die sich wenig um das höhere Wohl der Kirche und der Seelen bekümmern und ihren geweihten Hirten Sorgen und Schwierigkeiten bereiten.‘ Es ist mir eine Ehre, das Vorstehende Ew. Exzellenz zur Kenntnis zu bringen . . .“

Das gleiche Schreiben ging vermutlich auch an die übrigen drei Bischöfe.

Anfang Oktober 1960 erließ der Bischof von Bilbao, Pablo Gúrpide Beope, ein Hirtenschreiben, das als offene und ausführliche Antwort auf den Brief der baskischen Priester zu werten ist. Er fordert darin eine ernste Gewissensforschung angesichts der „tiefen Krisis“ in Respekt und Unterwerfung gegenüber Kirche und Bischöfen; er weist auf die „unedle und ungerechte Kampagne“ hin, die er nach den vergangenen respektlosen Vorfällen erleiden mußte. Dann legt er die kirchliche Lehre von der Freiheit dar und kommt auf das Verhältnis von Kirche und Staat zu sprechen. „Die Kirche ist mit keiner politischen Regierungsform verhaftet . . . Es ist ein schweres Unrecht, zu behaupten, die Kirche in Spanien sei dem Staat unterworfen. Sie ist es nicht, sie war es nie, und sie wird es unter keiner Regierungsform jemals sein. Dem Staat nach besten Kräften zu helfen, um das Gemeinwohl zu erlangen, bedeutet keinerlei Unterwerfung . . .“ Eingehend werden die pastoralen Vorwürfe behandelt. „Wenn wir die Seelen verlieren, so deshalb, weil wir — die wir zu der edlen und einzigen Mission gerufen sind, ihnen geistliche Nahrung zu bieten — ihnen andere Speise geben, die den Geist nicht erfüllt und nicht befriedigt. Denken wir ehrlich darüber nach! Lassen wir den Menschen die Dinge der Erde und widmen wir uns den Dingen des Himmels!“

#### *Kommentare im Ausland*

Aus den wenigen fundierten Kommentaren, die in dieser Angelegenheit veröffentlicht wurden, seien einige Auszüge wiedergegeben. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (12. 7. 60) trifft die Sache sehr genau, wenn sie schreibt: „Es ist nicht zu erwarten, daß es auf die Dauer Insubordination im Klerus gibt, doch zeigt sowohl die Predigt des Nuntius wie auch die Ermahnung der Bischöfe, daß zwischen dem niedrigen Klerus, der mit dem Volke direkt zu tun hat, und der oberen Hierarchie eine Vertrauenskrise besteht.“ Ähnlich kritisch äußerten sich die katholischen „Neuen Zürcher Nachrichten“ vom gleichen Tag. Friedrich Heer schreibt in der „Furche“ vom 23. Juli: „Auf uns, den Katholiken der freien Welt, liegt die schwere Mitverant-

wortung für das Leiden des spanischen Volkes unter dem Druck eines Regimes, das sich verbraucht hat. Es ist hohe Zeit, daß die öffentliche Meinung des Weltkatholizismus mobilisiert wird: Hier ist eine Krebsgeschwulst im Körper der westlichen Hemisphäre. Oder müssen wir immer warten, daß harte Gegner die Tat an sich reißen? Spaniens Volk will nicht kommunistisch werden, es will aber in Freiheit leben und in Freiheit Gott dienen: hören wir seinen unterdrückten Ruf!“

Ein völlig anderes Urteil fällt J. O. Zöller („Echo der Zeit“, 24. 7. 60): „Die jungen Geistlichen, rebellisch, wie Kapläne nun einmal sind und sein sollen, weichen in ihrer Kritik dem wahren Objekt aus und richten sie gegen den Staat allein . . . Der spanische Klerus steht hinter der Zeit. Es mag mutig klingen, wenn die 339 baskischen Priester ein Protestschreiben gegen Franco, eine aufrichtige Mischung von baskischem Nationalstolz und staatspolitischer Ansicht, aufsetzen. Ob sie aber ihre eigenen Seelsorgemethoden überprüft haben und sie an die Epoche des triumphierenden Fernsehens angepaßt fanden — das ist fraglich . . . Wenn baskische Priester den katholischen Staat kritisieren, weil er keine Freiheit des Gewissens gewähre, so wäre primär zu fragen, ob sie, die Priester, ihren Gläubigen die Gewissensfreiheit lehren.“ Die Kritik am spanischen Episkopat ist dabei nicht weniger scharf: „Wenn den Caudillo eine Macht der Welt davon überzeugen kann, daß er in manchen Dingen den für Spanien durchaus nötigen Rahmen der Autokratie zu scharf zieht, dann wären es die Bischöfe und Kardinäle. Langsam wird die Säkularisation in Spanien eine Wissensfrage an den Episkopat. In keinem Land der Welt hat die Kirche soviel Einflußmöglichkeiten wie in Spanien . . .“

### *Kongreß der Arbeiterjugend*

Wir haben vor einigen Monaten berichtet, wie der VI. Weltkongreß der katholischen Presse in Santander nicht nur von der spanischen Regierung, sondern auch vom größten Teil der spanischen Presse in der Berichterstattung boykottiert wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 547). In noch verstärktem Maß zeigte sich die gleiche Praxis gegenüber dem Ende Juli 1960 in Madrid abgehaltenen Nationalkongreß der katholischen Arbeiterjugend (JOC). Statt einer Berichterstattung darüber mußten die Zeitungen in großer Aufmachung Artikel über die Reorganisation der Falangejugend veröffentlichen.

Die dynamische katholische Jugendzeitschrift „Signo“ (die für einen ähnlichen Vorstoß schon einmal ihren Direktor opfern mußte; vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 11) schrieb dazu unter dem spöttischen Titel „Wer schweigt, stimmt zu“: „In Madrid wurde der Nationalkongreß der Arbeiterjugend abgehalten. Bilder, Fernsehreportagen und ein Film beweisen die Realität einer Teilnehmerzahl, die von wenigen erwartet und von fast niemandem geglaubt wurde. 10 000 junge Arbeiter nahmen teil. Ein Dienst der Familiengründungshilfe ist entstanden. Msgr. Cardijn kam nach Spanien. Ein Kardinal und zwei Bischöfe nahmen an den öffentlichen Feiern und den Arbeitssitzungen teil. Aus Rom kam ein Telegramm des Papstes und die Titelseite des ‚Osservatore‘. Ungeachtet dieser Tatsachen verzeichnen wir das Schweigen einer gewissen Presse. Mit Ausnahme einer einzigen Zeitung Madrids und einiger weniger in den Provinzen haben die spanischen Journalisten die Sache völlig ignoriert. Der allen gegenüber so aufgeschlossene ‚Pueblo‘ [das Blatt der

Syndikate] war diesmal sehr bemüht, sich verschlossen zu zeigen. Andere Blätter, die seitenweise abgeschmackte Gesellschaftschroniken und stupide Meldungen abdrucken, haben vergessen, über diese von der JOC veranstaltete Konzentration zu berichten. Ist es keine Nachricht, wenn sich 10 000 junge Arbeiter in Madrid treffen? Wenn Msgr. Cardijn kommt? Wenn der Kardinalprimas teilnimmt? Ist es wichtiger, wenn Spanien eine Fußballschlacht in Südamerika gewinnt? Wenn der Bischof irgendeiner Diözese ein Band durchschneidet, um eine neue Brücke einzuweihen? Wenn das Bürgermeisteramt des Stadtteils XY eine Messe für die Armen organisiert? Was scheint euch? . . . Ist die Aktivität einer Arbeiterjugend nicht berichtenswert, die voranschreitet — ungeachtet aller Hindernisse und aller mangelnden Hilfe, die die Mehrzahl der katholischen Zeitungen nicht anzuklagen wagt . . .“ Das Blatt weist dann noch, im Druck besonders hervorgehoben, darauf hin, daß der Kongreß ohne die geringste Beihilfe abgehalten wurde.

In der Entschließung der im engeren Kreis durchgeführten Arbeitstagung der JOC wird u. a. folgendes gefordert: inmitten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Aufrechterhaltung eines gerechten Lohnes und die bestmögliche Vermeidung der Arbeitslosigkeit;

in diesen äußersten Fällen der Massenentlassung eine familiengerechte Arbeitslosenunterstützung; ein echter Repräsentativcharakter der Syndikate und deren völlige politische Unabhängigkeit, „damit sie ihre eigentliche Funktion erfüllen können, die Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen“;

„eine wahrheitsgemäße Information über die wirtschaftlichen Tatsachen und Pläne und ein echter Meinungsaustausch mit den Arbeitern, wenn man ihnen gleichzeitig Pflichten und Opfer auferlegt“.

Diese Forderungen wurden der spanischen Öffentlichkeit vorenthalten; daß ihr Inhalt weitgehend mit dem beschlagnahmten HOAC-Flugblatt vom 1. Mai übereinstimmt, ist deutlich sichtbar. Auf der Tagung selbst hatte auch der Madrider Weihbischof Dr. García Lahiguera protestiert und erklärt: „Trotz des Totschweigens und der bewußten Ignorierung ermutigen uns die Tatsachen, auf unserem Posten den Kampf fortzuführen.“

### *Ein neues Selbstverständnis*

Wir konnten hier nur die wichtigsten Zeugnisse der letzten Monate dafür ausbreiten, wie das für Spanien traditionelle (und keineswegs an die Person Francos geknüpfte) Bündnis zwischen Thron und Altar immer brüchiger wird. Es gäbe noch mehr an Einzelheiten darüber, wie sich die Fronten neuerdings verschärft haben:

die Anpöbelung eines Barceloneser Pfarrers durch den Chefredakteur der großen „Vanguardia Española“ und Biographen Francos, Luis de Galinsoga, wegen einer katalanischen Predigt. Der Vorfall führte zum durchgreifenden Boykott des Blattes durch die Bevölkerung und schließlich zur Abberufung Galinsogas durch Franco; das Protesttelegramm des Abts von Montserrat und die Ablehnung einer Einladung Francos;

die Verhaftung und Verurteilung von Mitgliedern der Katholischen Aktion in Katalonien und die Proteste katalanischer Bischöfe;

der Protest der offiziellen Wochenzeitschrift „Ecclesia“ (18. 6. 60) gegen die Foltermethoden der spanischen Polizei;

die vernichtende Auseinandersetzung der kirchlichen Zeitschrift „Vida Nueva“ (17. 9. 60) mit dem Bürgertum und seinem „Streben nach Bequemlichkeit, Reichtum und sozialer Untätigkeit“. „Daraus resultiert eine ungerechte und provozierende Sozialordnung, die zu bewahren das Bürgertum alle Anstrengungen unternimmt... Bürgerlicher Geist und christlicher Geist stehen in unversöhnlichem Widerspruch“;

die Debatten der Nationalleitung der „katholischen Propagandisten“ über das spanische Strafrecht, „das den Diebstahl einiger Hühner bestraft, aber die betrügerischen Machenschaften der Finanzgewalt zum Schaden von Aktionären, Arbeitern und Verbrauchern ungestraft läßt“ („Ecclesia“, 1. 10. 60).

Zum Abschluß sei noch eine Einzelheit von einer kürz-

lichen Zusammenkunft Madrider Studenten mit Repräsentanten der oppositionellen Christlichen Demokraten Spaniens verzeichnet. Manuel Jiménez Fernández, Professor für Kanonisches Recht an der Universität Sevilla und einstiger Landwirtschaftsminister zur Zeit der Republik, unterstützte dabei nachdrücklich die Forderung des Parteiführers Gil Robles: die Trennung von Kirche und Staat sei eine der für Spanien dringendsten Maßnahmen. Solche Stimmen mehren sich heute in Spanien: nicht aus Gründen zweckhafter Taktik, um sich noch rechtzeitig von einem morschen Regime abzusetzen (so wird es vielfach oberflächlich interpretiert), sondern als Zeichen eines neuen kirchlichen Selbstverständnisses in einem Volk, das die Epoche der Aufklärung nicht erlebt hat und deren positive Errungenschaften erst nachholen muß.

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Vorschau auf das Ökumenische Konzil (1)

#### Das Anliegen der Wiedervereinigung

Neben den Meldungen über die äußere Vorbereitung des Zweiten Vatikanischen Konzils soll in diesen Spalten nun auch von der geistigen Vorarbeit berichtet werden.

#### *Die Frage der Publizität*

Die maßgebende Vorarbeit in den Vorbereitenden Kommissionen wird im verborgenen geleistet. Aber der Generalsekretär, Erzbischof Felice, hat in seiner Rede auf dem Ferienkurs der Katholischen Universität Mailand die Errichtung eines Pressebüros versprochen. Hoffentlich wird es bald eingerichtet und trägt dem Wunsch Rechnung, den ein bekannter Dominikaner in Hinsicht auf die Vorarbeiten für das Konzil ausgesprochen hat und der sicherlich von vielen geteilt wird. Raimondo Spiazzi OP schrieb: „Es wird von Nutzen sein, wenn schon nicht den Arbeiten selbst, so doch den Themen, die zur Diskussion stehen, eine gewisse Publizität zu geben — in den Grenzen, welche die Klugheit und die objektiv heikle Natur und Schwierigkeit der Probleme nahelegen, so daß allen Zuständigen die weiteste Möglichkeit zur Intervention gegeben ist und der Gedanke der Katholizität sowie schließlich auch das, was man den *sensus* oder *consensus fidelium* nennt, zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus wäre es angesichts der Zuständigkeit und Reife, die viele Laien heute auf theologischem, biblischem, rechtlichem, liturgischem, historischem und auf anderen Gebieten erworben haben, sowie ihrer Erfahrung vom Leben und den Problemen der Kirche eine gute Sache, diese Laien seitens der Vorbereitenden Kommissionen (in denen sie sehr wohl Mitglieder sein könnten) entweder zusammenzurufen, um Rat zu fragen und anzuhören oder zur Mitarbeit zu ermuntern in einer weiteren und allgemeineren Form der Konsultation, die mittels der Debatte vieler Fragen in der dafür geeigneten Presse stattfinden könnte, eventuell in einem eigens dafür zu schaffenden Organ“ (Il Concilio ecumenico e l'Unità della Chiesa, Sonderdruck aus „Monitor Ecclesiasticus“, Rom 1959, S. 45).

Nur eine solche Publizität, zwar „innerhalb der gebotenen Grenzen“, aber schon in diesem vorbereitenden Stadium des Konzils, dürfte geeignet sein, die Voraussetzung für

die Teilnahme der Gläubigen an seiner Entwicklung zu schaffen, um die Papst Johannes XXIII. in seiner letzten Pfingstansprache (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 495) so eindringlich geworben hat. Wenn diese Teilnahme auch hauptsächlich geistlicher Natur sein soll, zumal im weiteren Kreis der Gläubigen, so wird doch auch diese geistliche Anteilnahme sicher viel gewinnen, wenn man eine Ahnung von den konkreten Anliegen hat, die das Konzil beschäftigen werden. Dieser und in Verbindung damit auch der Wunsch nach ausreichender Information der katholischen Presse über die sachlichen Vorarbeiten für das Konzil ist kein Zeichen von Neugier, sondern ein legitimes Anliegen, zu dessen Rechtfertigung auf die Botschaft Pius' XII. an den Internationalen Katholischen Pressekongreß vom 18. Februar 1950 zu verweisen wäre, worin der Papst die Bemerkung machte: „Es würde etwas im Leben der Kirche fehlen, wenn in ihr die öffentliche Meinung fehlte — ein Fehlen, für das die Schuld auf die Hirten sowohl wie die Gläubigen zurückzufiele...“ (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 316).

#### *Die Stimme der Bischöfe*

Man wird wohl auch hoffen dürfen, daß, je näher das Konzil heranrückt, um so mehr auch die Bischöfe die Gläubigen mit seinen Zielen und Sorgen in konkreten Darstellungen oberhirtlichen Charakters bekanntmachen werden, wie das schon jetzt u. a. die Kardinäle Montini und Lercaro sowie in seiner relativ ausführlichen Schrift über „Das Ökumenische Konzil, die Kirche und die Christenheit“ (Paderborn 1960) der Erzbischof von Paderborn begonnen haben. Das wird auch deshalb notwendig oder nützlich sein, weil der Gedanke einer kirchlichen Reform, in den der Heilige Vater selbst das Ziel des Konzils gefaßt hat, und auch der Gedanke an die Wiedervereinigung der Christenheit geeignet sind, falsche Vorstellungen und utopische Erwartungen hervorzurufen, die der Wegweisung bedürfen, damit sie nicht später in Enttäuschung umschlagen. Je höher die Erwartungen gespannt sind, um so schwerer wiegt auch das Risiko solcher Enttäuschung. Um nur ein Beispiel zu nennen, hat Kardinal Feltin es schon jetzt für notwendig gehalten, zur Frage des Zölibates Stellung zu nehmen (vgl. „Le Monde“, 2./3. 10. 60), dessen Modifikation von Theologen diskutiert wird, was aber offenbar in manchen